



REPUBLIK ÖSTERREICH
HUBERT GORBACH
VIZEKANZLER
Bundesminister
für Verkehr, Innovation und Technologie

GZ. BMVIT-9.000/0018-I/PR3/2006 DVR:0000175

XXII. GP.-NR
4237 /AB

2006 -07- 17

zu 4527 /J

An den
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Andreas Khol
Parlament
1017 Wien

Wien, 14. Juli 2006

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 4527/J-NR/2006 betreffend Österreichische EU-Präsidentschaft, Leistungen und Ergebnisse, die die Abgeordneten Dr. Michael Spindelegger, Kolleginnen und Kollegen am 5. Juli 2006 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Fragen 1 bis 4:

Wie viele formelle Treffen wurden in Ihrem Ressortbereich vom österreichischen Ratsvorsitz geleitet?

Wo und wann fanden diese Treffen statt?

Wie viele informellen Treffen wurden in Ihrem Ressortbereich vom österreichischen Ratsvorsitz abgehalten?

Wo und wann fanden diese Treffen statt?

Antwort:

Zu den unzähligen Sitzungen von Ratsarbeitsgruppen verweise ich auf die Beantwortung der Anfrage Nr. 4518/J vom 5. Juli 2006 durch die Frau Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten.

Ergänzend darf darauf hingewiesen werden, dass unter österreichischem Ratsvorsitz im Bereich des bmvit eine Vielzahl an bilateralen und multilateralen Treffen auf politischer Ebene mit Vertretern der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament sowie Vertretern der EU-Mitgliedstaaten und Drittstaaten abgehalten wurden. Diese Treffen sind in der beiliegenden Tabelle aufgelistet.

Im Bereich meines Ressorts wurden folgende formelle und informelle Ratstagungen bzw. Treffen auf Ministerebene u.a. unter meinem Vorsitz abgehalten.

- Von 29. bis 30. Mai 2006 fand die 2731. Tagung des Rates "Wettbewerbsfähigkeit" (Binnenmarkt, Industrie und Forschung) in Brüssel statt.
- Am 27. März 2006 wurde die 2721. Tagung des Rates der Europäischen Union (Verkehr, Telekommunikation und Energie) abgehalten und von mir geleitet. Von 8. bis 9. Juni 2006 fand die 2735. Tagung des Rates der Europäischen Union (Verkehr, Telekommunikation und Energie) in Luxemburg statt.
- Am 2. und 3. März 2006 fand in Bregenz ein informelles Treffen der EU-Verkehrsminister zum Thema Straßenverkehrssicherheit statt.
- Vom 20. bis 22. April 2006 fand in Graz ein informelles Treffen der Minister für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung) unter dem Titel "Investing in Excellence and Innovation" statt. Das Treffen wurde von den Bundesministerien für Wirtschaft und Arbeit, Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie Verkehr, Innovation und Technologie gemeinsam veranstaltet.

Darüber hinaus fanden unter federführender Zuständigkeit meines Ressorts im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft folgende weitere Treffen auf hoher Beamtenebene bzw. Expertenebene statt, die von den Staatssekretären Mag. Kukacka und Mainoni bzw. von mir abgehalten wurden:

- 24. bis 25. Jänner 2006: High Level Expert Meeting "Road Safety" unter Vorsitz von HStS Mainoni in Wien;
- 14. bis 15. Februar 2006: Binnenschifffahrtskonferenz unter meinem Vorsitz gemeinsam mit HStS Kukacka in Wien;
- 20. bis 21. Februar 2006: Konferenz "European Conference on Security Research" unter meinem Vorsitz in Wien;
- 19. bis 20. April 2006: Konferenz "A Market for GMES in Europe and its Regions – the Graz Dialogue" unter Vorsitz von HStS Mainoni in Graz;
- 28. bis 29. April 2006: Konferenz "Environmental Management and Innovation" unter meinem Vorsitz gemeinsam mit HBM Pröll;
- 3. bis 5. Mai 2006: „European Aviation Summit“ unter meinem Vorsitz bzw. HStS Mainoni und HStS Kukacka in Salzburg;
- 15. bis 16. Mai 2006: Konferenz "Researching Women in Science and Technology" unter meinem Vorsitz in Wien;
- 19. bis 21. Juni 2006: Konferenz "AERODAYS 2006 – Fifth Community Aeronautics Days 2006" unter Vorsitz von HStS Mainoni in Wien.

Frage 5:

Was waren die wichtigsten inhaltlichen Ergebnisse, die in Ihrem Ressortbereich während des ersten Halbjahres 2006 erzielt wurden?

Antwort:

Folgende Ziele und Ergebnisse wurden erreicht:

Straßenverkehrssicherheit

Mit diesem Ministertreffen ist es gelungen, das Thema „Straßenverkehrssicherheit“ noch stärker zu sensibilisieren. Dabei wurde von der Europäischen Kommission die Halbzeitbilanz zum Europäischen Aktionsprogramm für Straßenverkehrssicherheit präsentiert. Die Verkehrsminister einigten sich auf eine gemeinsame europäische bewusstseinsbildende Strassenverkehrssicherheitskampagne entlang dem transeuropäischen Straßennetz. Zu den wichtigsten Themen wurden „Alkohol“ und „Ermüdung“ gezählt.

Der Rat nimmt Schlussfolgerungen zum Thema Straßenverkehrssicherheit an und beschließt Maßnahmen zur Halbierung der Anzahl der Verkehrstoten bis zum Jahr 2010 im Sinne der Weißbuchziele.

Europäische Führerschein-RL

Mit dem Beschluss der EU-Führerschein-RL wird die Freizügigkeit von Fahrern aus der EU erleichtert, Betrug bei der Verwendung von Führerscheinen verhindert und die Sicherheit im Straßenverkehr, unter anderem in Bezug auf Motorräder, erhöht. Ein einziges Führerscheinmodell im Kreditkartenformat wird die über 110 verschiedenen Modelle, die derzeit in Umlauf sind, ersetzen.

Wegekostenrichtlinie

Mit dem formalen Beschluss der Richtlinie ist ein weiterer Schritt zu einer verursachergerechten Anlastung der Kosten des Verkehrs gelungen. Die Möglichkeit der Querfinanzierung wird erstmals EU-rechtlich eingeführt, wodurch die Realisierung alternativer TEN-Schienenprojekte finanziell unterstützt wird. U. a. ist auch eine stärkere Differenzierungsmöglichkeit bei den Tarifen als bisher sowie die Entwicklung eines Modells zur Internalisierung externer Kosten durch die Kommission enthalten.

Absichtserklärung – TEN-Projekt Nr. 17

Die Verkehrsminister von Frankreich, Deutschland und Österreich sowie ein Vertreter der Slowakei unterzeichneten eine Absichtserklärung zum vorrangigen TEN-Vorhaben Nr. 17, welches die Schienenverbindung von Paris über Strassburg, Stuttgart, München, Salzburg und Wien bis nach Bratislava betrifft. Diese TEN-Hauptachse Nr. 17 ist eine der wesentlichsten Schienenverbindungen für den West-Ost-Verkehr und hat für den europäischen Zusammenhalt in der seit 2004 auf 25 Mitgliedstaaten erweiterten Europäischen Union wesentliche Bedeutung.

Mit dieser Absichtserklärung wird von allen beteiligten Mitgliedstaaten versichert, dass die Realisierung aller Teilstrecken der TEN-Hauptachse Nr. 17 koordiniert und so schnell wie möglich vorangetrieben wird. Hierdurch sollen die Reisezeiten erheblich reduziert, die

Kapazitäten für Personen- und Güterverkehr erhöht sowie eine optimale Verzahnung mit weiteren vorrangigen TEN-Vorhaben erreicht werden. Die beteiligten Staaten beabsichtigen entsprechende Finanzmittel in den Ausbau der TEN-Hauptachse Nr. 17 zu investieren und fordern eine Kofinanzierung der Europäischen Union für diese Achse, und zwar sowohl für die grenzüberschreitenden Abschnitte als auch für die wichtigen Engpässe.

VO – Passagiere mit eingeschränkter Mobilität

Der Rat nahm eine Verordnung betreffend Flugpassagiere mit eingeschränkter Mobilität an. Diese Verordnung ist im weiteren Sinne als Schutz von Personen eingeschränkter Mobilität bei der Verwendung öffentlicher Verkehrsmittel zu sehen. Sie soll konkret den Schutz und die Hilfe für Fluggäste eingeschränkter Mobilität garantieren und ist im Zusammenhang mit der Politik der EK zur Bekämpfung der Diskriminierung – gemäß Art. 13 EGV und Art. 21 der Charta der Grundrechte - zu betrachten.

Die Verordnung verfolgt zwei Ziele:

- die Verhinderung einer ungerechten Behandlung, also der Verweigerung der Beförderung ausschließlich aus dem Grunde eingeschränkter Mobilität
- die unentgeltliche Gewährleistung der Hilfeleistung.

Unter österreichischem Vorsitz konnte eine Einigung zu diesem Thema erzielt werden.

Beobachtungsstelle EU-Schweiz für alpenquerenden Güterverkehr

Der Beschluss des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über den Güter- und Personenverkehr auf Schiene und Straße sieht die Einrichtung einer Verkehrsbeobachtungsstelle vor, deren Kernaufgaben in der Erfassung des Straßen-, Eisenbahn und kombinierten Verkehrs in der Alpenregion, sowie einem jährlichen Bericht an den „Gemischten Ausschuss“ über die Verkehrsentwicklung im Alpenraum sind.

Binnenschifffahrt

- Zum Schwerpunktthema Binnenschifffahrt fand im Februar 2006 ein hochrangiges Expertentreffen statt. Die Kommission hat dem Rat und dem Parlament am 17. Januar 2006 ihre Mitteilung über die Förderung der Binnenschifffahrt „NAIADES“ – Integriertes Europäisches Aktionsprogramm für die Binnenschifffahrt übermittelt. Die Mitteilung enthält Empfehlungen für Rechtsinstrumente, politische Instrumente und Unterstützungsinstrumente für den Zeitraum 2006-2013 mit dem Ziel einer vollständigen Ausschöpfung des Potenzials der Binnenschifffahrt.
- Zur Mitteilung der Kommission über die Förderung der Binnenschifffahrt wurden von den EU-Verkehrsminister Schlussfolgerungen verabschiedet, in denen die Bedeutung der Wasserstrasse als Güterverkehrsweg vor dem Hintergrund eines wachsenden Verkehrsaufkommens unterstrichen wird und das Ziel der Ausschöpfung des Potenzials der Binnenschifffahrt angestrebt wird.

Überwachungs- und Informationssysteme für den Schiffsverkehr

Der Rat beschloss eine allgemeine Ausrichtung über die Einrichtung eines gemeinschaftlichen Überwachungs- und Informationssystems für den Schiffsverkehr.

Public-Service-Verordnung

Die EU-Verkehrsminister erzielten eine Einigung über den Verordnungsvorschlag über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße. Mit diesem Vorschlag werden

neue rechtliche Rahmenbedingungen für den sich immer stärker öffnenden und wettbewerbsorientierten Gemeinschaftsmarkt für öffentliche Personenverkehrsdienste geschaffen. Die Vergabe dieser Dienstleistungen soll grundsätzlich mittels Ausschreibungsverfahren erfolgen, wobei Direktvergaben im Schienenverkehr an einen internen Betreiber ohne Ausschreibung möglich sind sowie Regelungen über Schwellenwertgrenzen und Unterauftragsvergabemöglichkeiten für klein- und mittelbetriebliche Busunternehmen vorgesehen sind.

Luftfahrt EU-Außenbeziehungen

- Beschluss der Horizontalen Luftfahrtsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Australien, Marokko, Rumänien, Moldau, Albanien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Serbien und Montenegro
- Erteilung des Mandats an die Europäische Kommission betreffend Verhandlungen zwischen der EU und Russland zu Überflugsgebühren in Sibirien
- Allgemeine Ausrichtung zur VO des EP und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Europäischen Agentur für Flugsicherheit
- Unterzeichnung der horizontalen Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Rumänien sowie Serbien und Montenegro
- Treffen der Luftfahrtgeneraldirektoren
 - Revision des 3. EU-Luftfahrtliberalisierungspaketes
 - EU-Flughafenspaket
 - EU-Standards für das Luftverkehrsbetreiberzeugnis (AOC)
- Industry Congress – Wettbewerbssituation der Europäischen Luftfahrt
- Unterzeichnung des umfassenden Luftfahrtabkommens zu einem gemeinsamen Luftverkehrsraum (European Common Aviation Area, ECAA) mit Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Rumänien, Serbien und Montenegro, UNMIK, sowie Norwegen und Island,
- Unterzeichnung des horizontalen Luftverkehrsabkommens mit Singapur und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien
- Beschluss über ein horizontales Luftverkehrsabkommen mit der Ukraine
- Der Rat beschloss eine allgemeine Ausrichtung über den Verordnungsvorschlag zur Gründung eines gemeinsamen Unternehmens zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation (SESAR).

Marco Polo II

Die endgültige Einigung mit dem Europäischen Parlament über Marco Polo II (EU-Förderprogramm zur Verringerung der Staus im Straßengüterverkehr und zur Verbesserung der Umweltfreundlichkeit des gesamten Verkehrssystems durch Verlagerung des Straßengüterverkehrs auf die Seekurzstrecke, Schiene und Binnenwasserstraße) konnte unter österreichischer Präsidentschaft erreicht werden.

European Space Programme (ESP)

Weiterführung der Arbeiten zum ESP

- Annahme des mündlichen Berichts der Europäischen Kommission über die Entwicklung der europäischen Weltraumpolitik (ESP) inkl. "Roadmap"
- Erstmalige Etablierung einer thematischen Priorität "Weltraum" im EU-Forschungsrahmenprogramm

Global Monitoring for Environment and Security (GMES)

- Unabdingbarkeit der Führerschaft und der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sektors
- Übereinstimmung über die Wichtigkeit der Gründung einer ständigen Konferenz der an der Nutzung des Weltraums interessierten Regionen
- Erarbeitung einer Verwaltungsstruktur für GMES im Rahmen einer Arbeitsgruppe „GMES Advisory Council“
- Übereinstimmung über die Bedeutung der Entwicklung weiterer maßgeschneiderter Dienste neben den drei bereits definierten und europaweit ab 2008 verfügbaren Pilotdiensten Landbedeckung und Landnutzung, Risikomanagement und Meeresdienste in folgenden Bereichen:
 - Atmosphärenbeobachtung
 - Sicherheitsanwendungen
 - Querschnittsbereiche, u.a. die Beobachtung sensibler Bergregionen

Gepplante Verwendung der im Rahmen der thematischen Priorität „Weltraum“ im 7. Forschungsrahmenprogramm vorgesehenen Mittel vorwiegend für GMES

GALILEO

Weiterführung der Arbeiten zum Global Navigation Satellite System (GNSS)

- Wesentliche Fortschritte bei der Definition der Schlüsselemente des Konzessionsvertrages
- Vorlage der seit Dezember 2005 erwarteten Mitteilung der Kommission zum Stand des Programms GALILEO als Grundlage für die Erarbeitung von Schlussfolgerungen des Rates
- Erörterung der Frage nach der Einbeziehung von Drittstaaten in das Programm GALILEO sowie jene nach dem Sitz der GSA (GNSS Supervisory Authority) durch informelle Konsultationen sowie auf Ministerebene beim Mittagessen des Rates am 9. Juni 2006
- Wahl des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der GNSS-Aufsichtsbehörde GSA, erfolgreiche Kandidatur Österreichs

Sicherheitsforschung

- Erstmalige Etablierung einer thematischen Priorität 'Sicherheit' im EU-Forschungsrahmenprogramm
- Weiterentwicklung des Europäischen Sicherheitsforschungsprogramms durch diese erste europäische Sicherheitsforschungskonferenz
- Kommunikationsschwäche zwischen der öffentlichen Hand und Privaten im Bereich der Sicherheitsforschung als Anstoß zum offenen Dialog zwischen allen Stakeholdern
- Verdeutlichung der Schlüsselfunktion des öffentlichen Sektors für die technologische und wirtschaftliche Entwicklung eines ganzen Industriezweigs

Telekommunikation

Erste Orientierungsaussprache auf Ministerebene zu den künftigen Herausforderungen an den Rechtsrahmen für elektronische Kommunikation.

Frage 6:

Wie hoch sind die finanziellen Aufwendungen, die Ihrem Haus durch die Ratspräsidentschaft Österreichs entstanden sind?

Antwort:

Eine Abfrage der eigens für die EU-Ratspräsidentschaft angelegten Finanzpositionen in der Zentralleitung (1/65008++++.300 ohne Dienstreisen VAP 5606.480, 5613.480 und 6216.300) ergab als Summe der bereits erfolgten Zahlungen und der noch eingebuchten Mittelbindungen zum Stichtag 11.07.2006 für das Jahr

2005: 356.460,11 €

2006: 2.680.888,37 €

Frage 7:

Waren dafür Zusatzbudgets veranschlagt?

Antwort:

Nein.

Die Ausgaben mussten aus dem laufenden Budget ohne zusätzliche Dotation durch interne Umschichtungen und Rückstellungen getragen werden.

Fragen 8 und 9:

Wie viel zusätzliches Personal wurde für den EU-Vorsitz von Ihrem Haus aufgenommen?
Waren für die Bedeckung der dafür entstandenen Kosten Zusatzbudgets erforderlich?

Wie viele neue Planstellen wurden in diesem Zusammenhang geschaffen?

Antwort:

Im Rahmen befristeter Dienstverhältnisse wurden insgesamt 34 Personen für Aufgaben im Zusammenhang mit dem EU-Vorsitz aufgenommen. Davon wurden 14 Dienstverhältnisse vorzeitig beendet. Die Bedeckung erfolgte aus dem laufenden Budget durch Umschichtungen und Rückstellungen.

Die Personalkosten beliefen sich im Jahr 2005 auf insgesamt rund € 849.000,-- und im Jahr 2006 (bis einschließlich 30. Juni 2006) auf insgesamt rund € 472.000,--.

Frage 10:

Wurden im Zuge des EU-Ratsvorsitzes 2006 in Ihrem Ministerium Werkverträge bzw. Arbeitsleihverträge abgeschlossen? Wenn ja, aus welchem Grund? Wie hoch sind die Kosten dafür?

Antwort:

Im Zuge der EU-Ratsvorsitzes 2006 wurden in meinem Ministerium keine Werkverträge oder Arbeitsleihverträge für längerfristige Arbeitsleistungen abgeschlossen.

Frage 11:

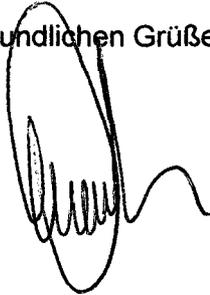
In welchem Verhältnis stehen die Kosten des EU-Ratsvorsitzes Ihres Ministeriums mit dem Nutzen für Österreich?

Antwort:

Die Wahrnehmung der Präsidentschaft des Rates obliegt den Mitgliedstaaten auf Grund der Verträge der EU, es ist eine Dienstleistung für das Funktionieren der Europäischen Union, die turnusmäßig von jedem Mitgliedstaat in gleicher Weise zu erbringen ist. In dieser Rotation spiegelt sich auch die Gleichstellung der EU-Mitgliedstaaten wieder. Die Präsidentschaft bringt darüber hinaus mit sich, in den internationalen Beziehungen sechs Monate lang als Gesicht und Stimme der Europäischen Union wahrgenommen zu werden.

Zu den Kosten- und Nutzenüberlegungen verweise ich auf die jüngst erfolgten Mitteilungen des Bundesministers für Finanzen an die Öffentlichkeit, die sich auf Berechnungen von Wirtschaftsforschungsinstituten stützen. Danach ist durch die Ratspräsidentschaft eine zusätzliche Wertschöpfung zwischen 108 und 400 Mio. Euro eingetreten. Es wurden mehr als 2.700 Personen zusätzlich beschäftigt und es kamen rund 53.000 zusätzliche Gäste nach Österreich.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'M' followed by several vertical strokes and a long horizontal tail.

Beilage

Treffen auf politischer Ebene: HVK Gorbach bzw. StS Kukacka u. StS Mainoni während der österr. Präsidentschaft

Datum	Als Ratsvorsitz	Treffen mit	Ort
09.01.2006	VK Gorbach	Europäische Kommission: Vizepräsident Barrot, Kommissarin Reding	Wien
09.01.2006	StS Mainoni	Europäische Kommission: Vizepräsident Barrot, Kommissarin Reding	Wien
16.01.2006	StS Kukacka	VKM Peijs (NL)	Den Haag
18.01.2006	VK Gorbach	MEP Sterckx	Strassburg
19.01.2006	VK Gorbach	US Botschafterin Mc Caw	Wien
23.01.2006	StS Mainoni	Staatsminister Huber (Bayern)	Wien
24.01.2006	VK Gorbach	VKM Peijs (NL)	Laibach
02/03.02.2006	StS Mainoni	StS Söder (S)	Stockholm
06.02.2006	StS Kukacka	Vertreter des Deutschen Bundestages	Berlin
07.02.2006	StS Kukacka	StS Hennerkes, Staatsminister Huber (D)	Berlin, München
08.02.2006	VK Gorbach	VKM Huovinen (FIN)	Wien
15.02.2006	StS Mainoni	Botschaftsrat Kilner (USA)	Wien
24.02.2006	VK Gorbach	VKM Navarsete (NOR)	Wien
02.03.2006	StS Mainoni	VKM Hansen (DK)	Bregenz
02.03.2006	VK Gorbach	VKM Tiefensee (D)	Bregenz
02.03.2006	VK Gorbach	VKM Gallagher (IRL)	Bregenz
02.03.2006	VK Gorbach	VKM Polaczek (PL)	Bregenz
02.03.2006	VK Gorbach	VKM Ladyman (GB)	Bregenz
14.03.2006	StS Kukacka	European Transport Worker's Federation	Wien
16.03.2006	VK Gorbach	EU-Kommissar Barrot	Brüssel
16.03.2006	VK Gorbach	EU-Kommissar Barrot- VKM Huovinen (FIN)	Brüssel
22.03.2006	StS Mainoni	Mitgliedern des außenpolitischen Ausschusses des norwegischen Parlaments	Wien
04.04.2006	VK Gorbach	VKM Dokic (Bosnien)	Sarajewo
05.04.2006	VK Gorbach	MEP Jarzembowski	Strassburg
11.04.2006	StS Mainoni	VKM Prokopovic (SK)	Bratislava
08.05.2006	VK Gorbach	Vizepräsident Barrot, Bundespräsident Leuenberger (CH)	Sedrun
16.05.2006	VK Gorbach	CEMT Ministerrat Dublin: VKM Levitin (RUS), VKM Tiefensee (D), VKM Bozic (SLO)	Dublin

18.05.2006	VK Gorbach	VKM Simonovsky (CZ)	Wien
25.05.2006	VK Gorbach	VKM Lewitin (RUS)	Sochi (RUS)
29.05.2006	StS Kukacka	StS Hennerkes (D)	Berlin
29.05.2006	StS Mainoni	italienischer Botschafter Dr. Berlenghi	Wien
30.05.2006	VK Gorbach	Vizepräsident Barrot - VKM Huovinen (FIN)	Brüssel
31.05.2006	VK Gorbach	VKM Tiefensee (D)	Berlin
05./06.06.2006	StS Mainoni	Vertretern "Institut for Protection and Security of the Citizen", des "Joint Research Center"	Ispra (I)
16.06.2006	VK Gorbach	VKM Liapis (GR)	Korfu
22.06.2006	StS Mainoni	Vertreter der Handelskammer Triest	Triest
22.06.2006	VK Gorbach	VKM Prokopovic (SK)	Wien
28.06.2006	VK Gorbach	VKM Mineta (USA)	Washington